



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Der Grünliberale Weg zum raschen Ausstieg aus der Kernenergie
Für Rückfragen	Martin Bäumle, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	16. April 2011

Damit ein rascher Ausstieg aus der Kernenergie möglich wird, fordert die Grünliberale Partei im Rahmen der Sondersession mit ihren zum Teil wieder neu eingereichten Vorstössen, dass der schrittweise Ausstieg aus der Atomenergie mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien unverzüglich anzugehen ist. Die Grünliberalen wollen den Ausstieg ökonomisch und ökologisch nachhaltig bestreiten. Die glp fordert daher erneut eine Risikoprämie für Kernkraftwerke für ihre Restlaufzeit, keine Deckelung mehr bei der kostendeckenden Einspeisevergütung und eine Neuausrichtung der Netzinfrastruktur auf vermehrte dezentrale Stromversorgung.

Die Grünliberalen waren immer gegen neue Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke. Nach Japan konnte man von nun von allen Parteien vernehmen, dass diese neuen Rahmenbewilligungen nicht mehr mehrheitsfähig seien. Deshalb erwarten die glp Parlamentarier einen entsprechend klaren Entscheid gegen neue Kernkraftwerke und werden die anderen Parteien am konkreten Stimmverhalten zu eingereichten Vorstössen messen, welche die Grünliberalen unterstützen oder eingereicht oder mitunterzeichnet haben.

Zudem ist die Sicherheit der bisherigen Reaktoren für die Restlaufzeit unverzüglich zu erhöhen bzw. sind unnötige Risiken zu reduzieren. Bei den notwendigen Nachrüstungen erwarten die Grünliberalen klare Vorgaben des ENSI, insbesondere bezüglich Erdbebensicherheit, externen Eingriffen wie Terror und internen Fehlmanipulationen – dabei stehen Leistungsdichte, Kühlsysteme und Abklingbecken in einem besonderen Fokus. Die Grünliberalen fordern unabhängig davon als erste Massnahmen den Verzicht auf Plutonium-Mischoxid-Brennelemente. Zudem bleiben viele ungelöste Fragen der Endlagerung, welche den Entsorgungsnachweis ernsthaft in Frage stellen können.

Deshalb haben die Grünliberalen folgende Vorstösse – zum Teil bereits zum 2. Mal – eingereicht:

- 1. Parlamentarische Initiative: Risikoprämie der Kernkraftwerke für erneuerbare Energie einsetzen**
Heute besteht zugunsten der KKW-Betreiber eine Marktverzerrung, weil der Strompreis nicht die wahren Kosten des Restrisikos von bis zu 5'000 Milliarden Franken widerspiegelt. Im Falle eines solchen Ereignisses wäre die Schweiz als Staat und Volkswirtschaft wohl nicht mehr in der Lage, die subsidiäre Haftung wahrzunehmen.

Mit seiner Initiative will Nationalrat und Parteipräsident Bäumle erreichen, dass für einen kleinen Teil der heute ungedeckten Risiken der Kernenergie und während der Restlaufzeit der KKW eine Prämie von mind. 5 Rp/kWh erhoben wird. Die wahren Kosten für die Folgen eines Super-Gau und die Risiken der Endlagerung würden wohl einen Preis von 25 bis 50 Rappen/kWh erfordern.

Die Einnahmen der Prämie werden für die Finanzierung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien z.B. via kostendeckende Einspeisevergütung und weiteren Massnahmen zur Umsetzung einer neuen Energiepolitik ohne neue Kernkraftwerke eingesetzt und damit zur schrittweisen Beseitigung des Restrisikos der Kernenergie eingesetzt werden.

Damit können die bestehenden Kernreaktoren schrittweise ausser Betrieb gehen. Die Produktion der Kernkraftwerke wird im gleichen Zeitraum durch die Produktion erneuerbarer Energie mehr als ersetzt. Damit

kann das Szenario IV des Bundes, welches bezüglich Klimaschutz rund viermal effizienter ist als das auf neue Grosskraftwerke setzende Szenario I, marktgerechter umgesetzt werden. Und mit dem schrittweisen Abschalten der Reaktoren fällt das Klumpenrisiko für die Schweiz weg – abgesehen von der Endlagerung des Atommülls.

2. **Motion: Förderung erneuerbarer Energie ohne KEV-Deckelung**

Nach Japan ist eine Neuorientierung in der Energiepolitik erforderlich. Dabei stehen Energieeffizienz und Erneuerbare Energien im Vordergrund. Die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) stösst an ihre Grenzen und die Deckelung hemmt den Zubau von erneuerbaren Energien. Die Grünliberalen fordern den Bundesrat deshalb auf, den Deckel im Energiegesetz so rasch wie möglich aufzuheben. Die Finanzierung kann Massnahmen wie die Risikoprämie gesichert werden. Eine Teilabfederung der Mehrkosten beim Strom kann durch eine Reduktion bei den Netzkosten und allenfalls weiteren Abgaben erfolgen.

3. **Motion: Dezentrale Stromversorgung – Neue Situation bedingt neues strategisches Netz**

Der Bundesrat hat das strategische Stromnetz und die zu realisierenden Leitungsprojekte im Jahr 2009 bis für das Jahr 2015 festgelegt. Die Ausbauprojekte dienen auch der Netzintegration neuer Kernkraftwerke. Nach der Nuklearkatastrophe in Japan und einer damit verbundenen Abkehr breiter gesellschaftlicher Kreise von neuen Grosskraftwerken, ist das Schweizer Stromnetz – welches auf zentrale Produktions- und Versorgungsstrukturen ausgelegt ist – nicht mehr zeitgerecht. Die Grünliberale Partei fordert den Bundesrat deshalb auf, die notwendigen, grundlegenden Aktualisierungen vorzunehmen.

Bei der Ausarbeitung eines neuen strategischen Netzes muss dem rasch anwachsenden Beitrag erneuerbarer Energien Rechnung getragen werden. Entwicklungen neuer Netz-Technologien, innovative Speicher, eine Optimierung der Netz- und Nachfragesteuerung (hin zum „Smart Grid“) und eine optimale Verknüpfung von dezentralen Erzeugungstechnologien müssen bei der Netzausgestaltung eine Rolle spielen.

4. **Motion: Verzicht auf Plutonium-Mischoxid-Brennelementen in Schweizer Kernkraftwerken.**

Die Erfahrung aus Japan zeigt, dass Anlagen, die mit Mischoxidbrennelementen (MOX) ausgerüstet sind, bei Havarien oder Unfällen – aber auch im Normalbetrieb - ein höheres und vor allem unnötiges Risiko darstellen. Mit der Motion wollen die Grünliberalen erreichen, dass die Schweiz sofort auf den Einsatz dieser MOX-Brennelemente mit dem hochgiftigen und gefährlichen Plutonium mit einer Halbwertszeit von 24'000 Jahren verzichtet, welche heute zumindest in zwei Schweizer Reaktoren eingesetzt werden.

5. **Interpellation: Entsorgungsnachweis für hochaktive Abfälle durch technische Probleme in Frage gestellt**

Wichtige technische Fragen betreffend der Endlagerung sind bis heute unbeantwortet. Beispielsweise ist heute immer noch nicht klar, wie sich die Gase im Tiefenlager im Zusammenhang mit den Behältermaterialien entwickeln. Die Grünliberalen fragen deshalb: Ist der Entsorgungsnachweis – sollten sich diese (sicherheits-)technischen Probleme nicht lösen lassen – in Frage gestellt bzw. hat der Bundesrat einen Plan B?

„Mit den Vorstössen zeichnen die Grünliberale Partei einen machbaren und marktgerechten Weg vor, der nicht nur fordert, sondern auch aufzeigt, welche Schritte benötigt werden, um schnellst möglich aus der Kernenergie auszusteigen“, meint Martin Bäumle. „Wir freuen uns auf neue Unterstützung im bürgerlichen Lager. Spätestens bei den Überweisungen meiner Motionen wird sich zeigen, ob den Worten nun auch Taten folgen“.